

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

OV Waldkirch

Lange Str. 64, 79183 Waldkirch

Herrn Rechtsanwalt
MdB Dr. Johannes Fechner
Landvogtei 5

79312 Emmendingen

Michael Stoltenburg
Vorsitzender
OV Waldkirch

Fon: 0170 270 6646

Fax: 07681 5447

michael.stoltenburg@t-online.de

20.03.2018

Drohende Schließung des Bruder-Klaus-Krankenhauses

Sehr geehrter Herr MdB Fechner,
lieber Johannes,

die Entscheidung des RKK, das Bruder-Klaus-Krankenhaus in Waldkirch nicht mehr zu betreiben, hat hohe Wellen geschlagen. Der Sachverhalt ist Ihnen bekannt.

Das Bruder-Klaus-Krankenhaus erfüllt eine wichtige Funktion für Waldkirch und das Elz- und Simonswäldertal. Es ist daher mehr als verständlich, dass sich Bürgerinnen und Bürger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch die politischen Parteien vor Ort mit großem Engagement für den Erhalt einsetzen. Zwischenzeitlich wurden hierfür auch mehrere tau-send Unterschriften gesammelt.

Das RKK teilt mit, dass das BKK aufgrund den Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen nicht wirtschaftlich betrieben werden kann. In Baden-Württemberg schreiben ca. 50 % der Krankenhäuser rote Zahlen, weshalb diese Aussage wohl den Nagel auf den Kopf trifft. In-soweit läuft etwas falsch in der Gesundheitspolitik, oder aber die Schließung, z. B. auch des Bruder-Klaus-Krankenhauses, ist politisch gewollt.

Sofern Sie persönlich und Ihre Partei auf Bundes- und Landesebene dies politisch nicht wollen, bitten wir Sie dringend darauf hinzuwirken, dass die erforderlichen Rahmenbedingungen unverzüglich geändert werden, damit das BKK, bzw. Krankenhäuser in der ländlichen Region, erhalten werden können. Es ist nicht verständlich, dass in Freiburg neben der Uniklinik drei oder vier weitere Krankenhäuser der Bevölkerung zur Verfügung stehen, während über 30.000 Menschen im Elz- und Simonswäldertal zukünftig abgehängt und unterversorgt sind.

Wir bitten Sie zu prüfen und uns mitzuteilen, welche gesetzlichen Änderungen erforderlich sind, damit in Waldkirch und in anderen ländlichen Regionen auch kleinere Krankenhäuser wirtschaftlich betrieben werden können. Sofern Sie allerdings keine Möglichkeit sehen, das Rad hier zurückzudrehen und das Krankenhaus zu retten, bitten wir um Ihre ehrliche Antwort.

Es ist uns bewusst, dass ggf. solche Änderungen nicht innerhalb von wenigen Wochen bewerkstelligt werden können. Insoweit könnten auch entsprechende Änderungen im Gesundheitswesen für das BKK zu spät kommen.

OV Waldkirch
Lange Str. 64
79183 Waldkirch

Fon 0170 270 6646
Fax 07681 5447
michael.stoltenburg@t-online.de
www.spd-waldkirch.de

Sparkasse Freiburg
IBAN DE74680501010023036989
BIC FRSPDE66XXX

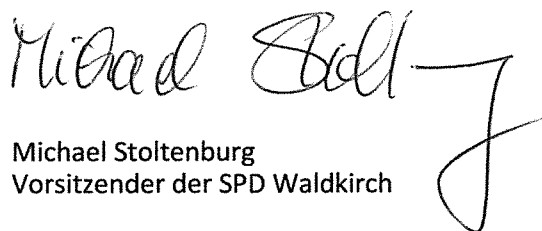
Deshalb bitten wir Sie sich dafür einzusetzen, dass für einen notwendigen Übergangszeitraum von möglicherweise ein bis drei Jahren Bundes- oder Landesmittel bereitgestellt werden, um das BKK zu retten, damit dies nicht das gleiche Schicksal nimmt wie viele andere kleinere Krankenhäuser. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist Aufgabe von Bund und Ländern und grundgesetzlich verankert, insbesondere in den Artikeln 1 und 2 GG. Es könnte nach unseren Informationen der Landesbasisfallwert, den das Land über die Landeskrankengesellschaft festlegt, erhöht werden. Dieser bezeichnet den Betrag, der bei der Berechnung der DRG-Preise für die Krankenhausbehandlung zugrunde gelegt wird. Er bildet die Grundlagen für die Vergütung der Krankenhausleistungen. Das Land könnte insbesondere die Kürzungen bei den Investitionszuschüssen, die insbesondere kleinere Krankenhäuser gefährdet, zurücknehmen.


Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass künftig Pflegepersonalkosten besser und unabhängig von Fallpauschalen vergütet werden sollen. Die Krankenhausvergütung wird auf eine Kombination von Fallpauschalen und eine Pflegepersonalkostenvergütung umgestellt. Die Bundestagsabgeordneten können sich deshalb dafür einsetzen, dass eine Neuregelung rückwirkend gelten kann.

Wir bitten Sie, Ihren Worten zum Erhalt des Bruder-Klaus-Krankenhauses auch Taten folgen zu lassen. Es müsste möglich sein, Zuschüsse bis maximal 1 Mio. Euro pro Jahr kurzfristig zu generieren. Es ist nicht akzeptabel, dass die Kommunen, somit die Bürgerinnen und Bürger, selbst in die Bresche springen müssen, weil Bund und Land eine verfehlte Gesundheitspolitik betreiben. Es wäre allerdings auch nicht fair seitens der verantwortlichen Bundes- und Landespolitiker, zuzuschauen wie die Kommunen oder der Kreis für eine Übergangszeit einspringen, um dann festzustellen, dass unter den obwaltenden Rahmenbedingungen langfristig das BKK und andere kleine Krankenhäuser nicht zu halten sind.

Wir bitten Sie, als politisch verantwortliche Mandatsträger entsprechend zu reagieren, insbesondere wären wir für eine baldige Antwort auf unser Schreiben dankbar.

Mit freundlichen Grüßen


Michael Stoltenburg
Vorsitzender der SPD Waldkirch


Armin Weltheroth
Pressesprecher der SPD Waldkirch